

# Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

## Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden  
Zusätze die dreispaltige Zeile oder  
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Luitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße 9.

**Inhalt:** Kongress des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes. — Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Metallarbeitern. — Auch als Produzent gegen die Zöllner. — Die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Nordbayern. „Eine Anichnung über die Aktorarbeit.“ — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — D. M.-V.: Bekanntmachung des Vorstandes (speziell Wahlregulativ und Wahlbezirkseinteilung zur Delegiertenwahl für den Gewerkschaftskongress). Quittung über die im März bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Aus anderen Berufen zc. — Litteratur.

### Zur Beachtung.

#### Zug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach **Pömmers a. d. G.** (Kupferwerke in Oesterreich);
  - von Drehern nach **Berlin** (Mimann, Motorfahrzeugfabrik) Str.; nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Judenwalde** (U. G. Voigt, Maschinenfabrik);
  - von Feingoldschlägern nach **Bresden, Leipzig, Nürnberg, R.** und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten M. Wütnner, Sünge, Schlüpfinger);
  - von Formern nach **Zugsburg** (Rubm. Klaas); nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik);
  - von Reijelischmiedern nach **Ermswiltshan** (Guttschle) M.; von Klempnern und Emailarbeitern nach **Breslau** (Filiata Julius Pintsch, Gasmeßerfabrik); nach **M.-Gladbach** (Robert Janßen);
  - von Metallarbeitern aller Branchen nach **Hannover** (Steinfeld & Blasberg); nach **Warstein** i. Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
  - von Metallschlägern nach **Schhausen** (D.); nach **Nürnberg** (Sch. Schmidt, Kühnertstraße 33) R.;
  - von optischen Industriearbeitern nach **Rathenow** (Müller);
  - von Schloßbauern nach **Velbert** (Friedr. Aug. Brumöhler) R.
  - von Schlossern und Schmieden nach **Berlin** (Mimann, Motorfahrzeugfabrik); nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Schhausen** bei Kronenberg (Gleff); nach **Judenwalde** (U. G. Voigt, Maschinenfabrik);
  - von Schraubendrehern nach **Schhausen** bei Kronenberg (Gleff);
  - von Silberschlägern nach **Schwabach** (Mühl) R.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Aktordreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

### Kongress des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes.

Abgehalten zu Bern am 28. und 29. März 1902 im großen Saale des Volkshauses.

Vertreten sind 58 Sektionen mit 3721 Mitgliedern durch 76 Delegierte (aus der deutschen Schweiz 60, aus der französischen Schweiz 16) und der Zentralvorstand mit 5, die Beschwerdef Kommission mit 2 und das Bundeskomitee (des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes) mit 2 Delegierten. Außerdem ist als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dessen Vorsitzender M. Schlicke-Stuttgart und als Vertreter der Berner Gewerkschafts-Union Arbeitersekretär W. J. Hoff-Bern anwesend.

Nach Konstituierung des Kongresses erstattete der Verbands-Sekretär Schueberger-Bern den Jahresbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß der Verband auch im letzten Jahr eine rege Agitation unter den Metallarbeitern in den verschiedenen Kantonen betrieben hat, leider aber haben verschiedene Umstände den Erfolg beeinträchtigt. So seien einige Streiks, obwohl deren Zahl gegen frühere Jahre gering gewesen sei, verloren worden, wodurch hier und da Mitglieder ausgetreten seien. Auch sei stellenweise durch die Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit die Mitgliederzahl zurückgegangen. Beflagt wird in dem mündlich erstatteten Bericht die Saumlässigkeit verschiedener örtlicher Sektionen, die nicht pünktlich in der Berichterstattung an den Zentralvorstand gewesen seien und dadurch die Vorlegung eines gedruckten Berichtes verhindert hätten.

In der Diskussion wurden Monitas gegen den Sekretärsbericht nicht erhoben. Dagegen wurden verschiedene auf die Agitation und auf statistische Erhebungen bezügliche Wünsche geäußert und beschlossen, dem Vorstand anheimzugeben, seine Aufmerksamkeit mehr der Statistik zuzuwenden.

Den Kassenbericht erstattete G. a. u. m. - Bern. Die Kasse bilanziert mit 27.462 Franks Einnahme, 26.371.52 Franks Ausgabe und 1090.48 Franks Bestand. Unter den Ausgaben figurirt die Wanderunterstützung mit 2057.30 Franks, außerordentliche Unterstützung mit 1240.30 Franks, Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen mit 5412.50 Franks, Beitrag an den Gewerkschaftsbund mit 9900 Franks. Das Gesamtvermögen des Verbandes beläuft sich auf 2535.90 Franks, wovon 1445.50 Franks bei der Nationalbank belegt sind.

Auch gegen diesen Bericht wurden Einwendungen nicht erhoben, jedoch beschlossen, um mehr Ueberblick über die Beitragszahlung der Mitglieder und der Sektionen zu bekommen, anstatt der jährlichen künftighin eine vierteljährliche spezialisierte Abrechnung zu legen.

Der Bericht der Beschwerdef Kommission fand ebenfalls ohne Widerspruch Annahme, nachdem eine längere Diskussion über einen von der Beschwerdef Kommission erledigten Streitfall stattgefunden hat.

Den Hauptpunkt der Beratungen bildete das Statut. Von dem Zentralvorstand wurde eine Vorlage zu einem Statut ausgearbeitet, das unter Berücksichtigung der speziellen Landesverhältnisse dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes möglichst nahe zu kommen sucht. In dem Entwurf ist an Stelle des früheren monatlichen Beitrages ein Wochenbeitrag von 30 Rappen für männliche und 15 Rappen für weibliche Mitglieder vorgezogen. Die Arbeitslosenunterstützung soll als Reijegeld und Ortsunterstützung gewährt werden, außerdem sind Unterstützungen für außerordentliche Nothfälle in Aussicht genommen.

Die Ortsunterstützung soll im Jahr für 42 Tage bezahlt werden und bei einer Mitgliedsdauer von

1 Jahr pr. Woche 6.—	Francs, im Jahre 42.—	Francs,
2 " " " 7.20	" " " 50.40	"
3 " " " 8.40	" " " 58.80	"
4 " " " 9.60	" " " 67.20	"
5 " " " 10.80	" " " 75.20	"

beitragen. Mitglieder, die die Jahressumme erhalten haben, dürfen innerhalb eines Jahres, vom letzten Erhebungstage an gerechnet, keine Ortsunterstützung mehr erhalten. Die Ortsunterstützung wird vom 7. Tage an bezahlt.

Die Unterstützungsätze für Reijegeld entsprechen den Jahresjäten der Ortsunterstützung, dürfen aber nur auf zwei Reijetouren in je der Hälfte bezogen werden. Hat der Reijegeldempfänger die Hälfte erhalten, so kann er erst nach drei Monaten die andere Hälfte erheben. Hat er diese im gleichen Jahre erhoben, so ist er vom letzten Erhebungstage an auf ein Jahr ausgeteuert.

Sehr wesentlich ist die geplante Aenderung bezüglich der Behandlung der Ausländer, die, wenn sie einem Verband, der mit dem Schweizerischen Verband im Gegenseitigkeitsverhältnis steht und dessen Mitglieder die gleichen Rechte gewährt, angehören, wie Mitglieder des Schweizerischen Verbandes behandelt werden sollen. (Bisher erhielten die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nur die Hälfte des Betrages, den Mitglieder des Schweizerischen Verbandes erhalten konnten.)

Für sämtliche Unterstützungen ist ein Jahr Karenzzeit vorgezogen.

Schließlich enthält der Entwurf noch eine Bestimmung, wonach ein eigenes Verbandsorgan den Mitgliedern gratis verabsolgt werden soll, auch sollen

weibliche Personen in der Verband einbezogen werden.

Diese Vorschläge bedeuten eine einschneidende Aenderung des bisherigen Verhältnisses zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Bisher erhob der Metallarbeiter-Verband keine eigenen Beiträge, sondern betrieb die Beitragsmarken des Gewerkschaftsbundes und behielt von dem Erlös einen Theil für Verbandszwecke zurück. Ebenso stand dem Verband als Verbandsorgan das Organ des Gewerkschaftsbundes „Die Arbeiterstimme“ für Publikationen zur Verfügung. Diese Publikationen verfehlten aber in weitaus den meisten Fällen ihren Zweck, weil die „Arbeiterstimme“ nur von den Mitgliedern gelesen wurde, die abonniert waren. Zum Abonnement war aber nur das Mitglied verpflichtet, das eine andere Arbeiterzeitung nicht las.

Die Debatte drehte sich also zunächst darum, ob man aus dem Gewerkschaftsbund austreten oder demselben weiter angehören sollte. Für einen völligen Bruch mit dem Gewerkschaftsbund wurde zwar keine Stimmung laut, vielmehr ging der allgemeine Vorschlag dahin, sich vollständige Selbstständigkeit zu wahren und bei Leistung geringerer Beiträge an den Gewerkschaftsbund diesem die Gegenverpflichtungen an den Verband zu erleichtern bezw. ganz abzunehmen. Der Kongress beschloß dann auch in diesem Sinne.

Als nächste wichtige Frage beschäftigte den Kongress die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans. Bisher galt die „Arbeiterstimme“ als Organ der Gewerkschaften, konnte jedoch, wie schon erwähnt, den Zweck, den ein derartiges Verbandsorgan zu erfüllen hat, kaum erfüllen, einmal war es nicht überall obligatorisch, sodann aber stand es den Syndikanten zu fern. Sehr richtig wurde vom Reijerenten des Zentralvorstandes darauf hingewiesen, daß zur Agitation ein Organ nur frommen könne, das auch die Verhältnisse des Berufs klarlege. Außerdem erheische die französische Schweiz ebenfalls eine intensive Behandlung, die durch ein zweisprachiges Verbandsorgan erreicht werde.

Von den Gegnern des Projektes wurden im Wesentlichen finanzielle Bedenken geltend gemacht. Außerdem sei die „Arbeiterstimme“ zur Zeit nicht rentabel und sei es Pflicht der großen Gewerkschaften, das Unternehmen wirksam zu unterstützen. Der Verband dürfe sich dem Gewerkschaftsbund gegenüber nicht auf den Standpunkt stellen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen.“

In namentlicher Abstimmung wurde schließlich mit 60 gegen 14 Stimmen die Herausgabe eines eigenen Organs beschlossen. Weiter wurde beschlossen, da dieser Beschluß noch einer Urabstimmung unterliegt, das Verbandsorgan die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ bis zum Inkrafttreten der neuen Statuten mindestens im Monat ein Mal erscheinen zu lassen.

Bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosenunterstützung wurde beschlossen, die Rednerliste in der Weise abzuwickeln, daß auf einen Redner fünf ein Redner gegen die Arbeitslosenunterstützung folgt. Dieser Beschluß konnte aber nicht durchgeführt werden, weil unter 17 Wortmeldungen sich nur 2 von Gegnern befanden. Es kamen daher neben den 2 Gegnern 7 Befürworter zum Wort. Andere Gesichtspunkte als die in anderen Verbänden vorgebrachten wurden nicht mehr entwickelt. Die Abstimmung entsprach denn auch so ziemlich der Diskussion, indem mit 59 gegen 9 Stimmen und 5 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen wurde.

Eine selbstverständliche Folge dieser Beschlüsse ist die Erhöhung der Beiträge und des Beitrittsgebades. Nichts desto weniger entspann sich doch eine lebhaft

Diskussion über die Beitragshöhe. Daß eine Beitragserhöhung stattfinden müßte, darüber herrschte keine Meinungsverschiedenheit, wohl aber über die Erhöhung selbst und darüber, ob Wochen- oder Monatsbeitrag und ob einheitlicher oder durch Lokal-Verordnungen der örtlichen Sektionen zu erhöhender Beitrag eingeführt werden soll. Der Vorschlag des Zentralvorstandes ging dahin, den wöchentlichen Beitrag auf 30 Rp. für männliche und 15 Rp. für weibliche Mitglieder festzusetzen und den Sektionen die Erhebung und Festsetzung von örtlichen Zuschlägen zu überlassen. Dieser Vorschlag fand schließlich Annahme und war damit die Hauptarbeit des Kongresses erledigt. Es folgt darauf noch die Beratung der Statuten, die aber für die Leser der Metallarbeiter-Zeitung kaum von Interesse sein dürfte und deswegen überlassen werden kann.

Alles in Allem hat der schweizerische Metallarbeiterverband durch seine Beschlüsse einen bedeutenden Schritt vorwärts gehen. Er hat sich eine straffe Zentralisation gegeben und sich ferner Mittel geschaffen, um neue Mitglieder heranzuziehen und dieselben an den Verband zu fesseln. Er ist dadurch aus dem Stadium schwärmerischer Träumerei zur praktischen Arbeit übergegangen und diesen Schritt wird er schwerlich zu bereuen haben. Der Glückwunsch aller anfrichtigen Gewerkschafter wird unsere schweizerische Bruderorganisation bei Durchführung ihrer Beschlüsse begleiten.

### Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Metallarbeitern.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat die Ergebnisse der von ihr Anfangs Februar vorgenommenen Arbeitslosenzählung rasch und prompt bearbeitet und im Vormärz veröffentlicht. Eine Reihe von Tabellen geben eine genaue Uebersicht über die Verbreitung der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Gewerben und Industriezweigen, über die Dauer der Arbeitslosigkeit, über den Anteil der beiden Geschlechter an derselben, über das Alter und die Dauer der Arbeitsanwesenheit der Arbeitslosen und über den Umfang der theilweisen Arbeitslosigkeit; im beigegebenen Texttheil wird die ganze Statistik näher beleuchtet.

Da bisher an keinem andern Orte eine so methodisch bearbeitete Arbeitslosenstatistik aufgestellt wurde und die Arbeitslosigkeit in Berlin einen Umfang erreicht hat, wie in keiner andern deutschen Stadt und wie in keiner früheren Krisenperiode, so erscheint es angezeigt, hier wenigstens die auf die Metallarbeiter bezüglichen Angaben mitzutheilen. Darnach waren in Berlin und seinen 13 Vororten bzw. Nachbargemeinden Anfangs Februar arbeitslose Metallarbeiter:

Ganz Arbeitslose	Berlin		Vororte	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
1 bis 3 Tage	211	8	48	2
" 4 " "	155	11	44	1
1 " 2 Wochen	487	30	86	4
2 " 3 " "	568	21	86	5
3 " 4 " "	520	17	102	7
4 " 5 " "	704	45	110	7
5 " 6 " "	464	18	79	2
6 " 7 " "	568	26	108	4
7 " 8 " "	352	18	99	—
2 " 3 Monate	1880	74	281	6
3 " 4 " "	1352	41	193	3
4 " 5 " "	674	17	88	—
5 " 6 " "	455	12	76	1
6 " 9 " "	524	3	70	2
7 " 12 " "	286	7	27	3
über 1 Jahr unbestimmt	167	3	19	2
<b>Total</b>	<b>9648</b>	<b>364</b>	<b>1561</b>	<b>51</b>

Über 10,000 Metallarbeiter, wovon 364 Arbeiterinnen, sind demnach zur Zeit der Arbeitslosenzählung in der Reichshauptstadt ohne Arbeit gewesen und 1612 in den Vororten, zusammen also in Berlin und Umgebung 11,624 in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigt gewesene Personen, wovon 415 Arbeiterinnen. Davon war die große Mehrzahl länger als 1 Monat ohne Arbeit und Verdienst, ja länger als ein Vierteljahr! Mit diesen Zahlen steht die Metall- und Maschinenindustrie sogar über den Baugewerben, für die ja der Monat Februar jeweils zur todtten Saison gehört.

Wesentlich größer als in irgend einer anderen Berufsgruppe ist die Beschränkung der Arbeitszeit in der Metallindustrie. Sie hat hier einen geradezu erschreckenden und für die Krise bezeichnenden Umfang angenommen. 12,266 Arbeiter und 586 Arbeiterinnen waren mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Die Verkürzung betrug bei 2740 Arbeitern je 6 Stunden, bei 5046 7—12, bei 2046

13—18, bei 1196 19—24 und bei 735 mehr als 25 Stunden in der Woche. Es sind also fast 2000 Metallarbeiter, deren Arbeitszeit um mehr als ein Drittel verkürzt ist. Da auch der Verdienst derselben natürlich um wenigstens ebenso viel herabgesetzt ist, so dürfte es einem großen Theil dieser Arbeitenden nicht viel besser gehen, als den Arbeitslosen.

Der Antheil der verschiedenen Berufsarten an der ganzen und theilweisen Arbeitslosigkeit ist folgender:

Berufsarten	Berlin		Vororte	
	ganz	theilw. männliche	ganz	theilw. Arbeitslose
Formier, Gießgießer ..	451	504	78	83
Kernmacher, Dieberei- arbeiter ..	130	255	18	43
Gold- u. Silberarbeiter ..	58	129	9	8
Drucker ..	96	122	18	31
Gürtler, Galvanisierer ..	520	702	97	193
Schleifer ..	230	220	38	61
Kupferschmiede ..	89	139	8	11
Schmiede ..	583	732	74	142
Dreher ..	737	1127	110	195
Schlosser, Maschinen- bauer ..	2795	3166	430	527
Klempner, Rohrleger, Installateure ..	909	947	159	257
Nadler, Drahtbinder ..	25	42	4	21
Maschinen u. Heizer ..	134	77	27	13
Elektrik-Techniker ..	155	94	20	19
Stänger, Hobler, Präger, Schnittarbeiter ..	132	169	17	17
Grabeure und Ziseleure ..	101	140	17	19
Mechaniker u. Gering. Instrumentenmacher ..	524	456	91	148
Büchsen- u. Uhrmacher ..	83	74	16	9
Sonstige Metallarbeiter ..	1886	3171	332	558
<b>Total</b>	<b>9648</b>	<b>12266</b>	<b>1612</b>	<b>2438</b>

Die Schlosser und Maschinenbauer sind demnach am stärksten von der Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen, allerdings sind sie auch die zahlreichste Berufsart. Nach ihnen kommen die Klempner, Rohrleger etc., die Dreher, Schmiede, Mechaniker, Gürtler, Formier u. s. w.

Von den Arbeiterinnen in Berlin sind 364 ganz und 586 theilweise arbeitslos, von den Arbeiterinnen in den Vororten 51 bzw. 83, zusammen 1084.

Rund 23,000 Metallarbeiter und -Arbeiterinnen waren somit im Februar in Berlin und Umgebung ganz oder theilweise arbeitslos. Welche unermessliche Summe von Noth und Elend, Darben und Entbehren, Sorge und Kummer drückt sich in diesen riesigen Zahlen aus! Welche wuchtige und vernichtende Anklage sind sie gegen die bestehende faule kapitalistische Wirtschaftsordnung, die Zehntausende von Arbeitswilligen keine Arbeit, Verdienst und Erwerb zu bieten vermag, die für die menschliche Arbeitskraft keine Verwendung hat und sie zu Grunde gehen läßt. Und da sollen sich die Arbeiter mit derselben abfinden, sie als den Höhepunkt der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung gelten lassen und auf das Streben nach einer vollkommeneren und vernünftigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verzichten! Eine Zumuthung, die immer wieder gemacht wird, die aber in jedem Falle energig zurückgewiesen werden muß.

Von besonderem Interesse ist die Feststellung, daß in Berlin nur etwa 9 Proz. der ganz Arbeitslosen und etwa 6 Proz. der theilweise Arbeitslosen noch nicht zwei Jahre wohnen, die 91 bis 94 Proz. aber länger als zwei Jahre. Diese Feststellung zerflört jene tendenziöse Behauptung: daß „die meisten Arbeitslosen“ zugereift seien und nicht in Berlin selbst arbeitslos wurden, eine Behauptung, die in der Regel auch andwärts von den Schönfärbern der kapitalistischen Misere aufgestellt wird, aber nicht mit mehr Recht, als in der Reichshauptstadt.

Was jedermann noch das Alter der Arbeitslosen betrifft, so sehen mehr als die Hälfte der Berliner ganz Arbeitslosen und fast zwei Drittel der theilweisen Arbeitslosen im Alter von 21—40 Jahren, welche Altersgruppe freilich auch die größte ist.

Mit den Kindern der Arbeitslosen sind es in Berlin 96,934, in den Vororten 20,868, zusammen 117,802 Personen, die unter den drückenden Folgen der Arbeitslosigkeit leiden, wozu dann aber noch die Frauen kommen.

Eine fürsorgliche, sozial denkende und fühlende, auf der Höhe ihrer Aufgabe stehende Stadt- und Staatsverwaltung hätte unter diesen schrecklichen Verhältnissen alle Hände voll zu thun, um ihre Pflicht zu erfüllen und die Folgen der Krise von der Arbeiterschaft möglichst abzuwenden oder doch möglichst zu mildern. Die heutigen kapitalistischen Verwaltungen erschöpfen ihre ganze Weisheit in

einigen Erarbeiten und im Almosen der Armenpflege, wodurch sie ihre Unfähigkeit wie den Mangel an gutem Willen aller Welt dokumentiren. Zu dem Bankrott des kapitalistischen Wirtschaftssystems gesellt sich so noch der moralische und geistige Bankrott der öffentlichen Verwaltung. Wirklich diese kapitalistische Welt ist werth, daß sie zu Grunde geht und einer neuen, besseren Ordnung Platz macht.

### Auch als Produzent gegen die Zollneret.

Daß die Arbeiter als Konsumenten Segner jeder künftigen Vertheuerung der Lebensmittel durch schuldigen Zehner sein werden, wird von den christlichen Zöllnern anerkannt. Aber mit Argumenten, die mehr als frech wie dumm bezeichnet werden können, versucht man, den Arbeiter trotzdem für die Zollneret einzufangen. Schließlich soll das auch geschehen mit Hervorkehrung des Produzentenstandpunktes. Wenn schon der Arbeiter als Konsument die Zucker-Zollpolitik bekämpfen muß, dann aber noch mehr gerade als Produzent. Und das gilt ganz besonders für den Metallarbeiter.

Deutschland ist nicht nur auf den Bezug landwirtschaftlicher Produkte des Auslandes angewiesen, sondern auch auf den Bezug industrieller Rohprodukte u. auf die Ausfuhr industrieller Roh-, Halb- und Fertigfabrikate. Diese Wirtschaftskomplikation bedingt den Abschluß von Handelsverträgen mit denjenigen Staaten, die mit uns Gütertausch pflegen. Werden diese Länder durch die deutsche Zollpolitik in ihrem Handel behindert, so werden sie natürlich auch Repressionsmaßnahmen gegen Deutschland treffen, dem Import deutscher Erzeugnisse durch Schutzschranken Hindernisse bereiten, unsere Exportindustrie schädigen. Sie dadurch verursachte Schädigung unserer Industrie hat der Arbeiter mit zu tragen infolge eintretender Lohnrückes.

Sehen wir nun zunächst zu, in welchem Maße der deutsche Metallarbeiter an dem Außenhandel und damit an Handelsverträgen ohne Erhöhung der Zollpositionen interessiert ist. Es betrug die deutsche Ausfuhr im Jahre 1900:

	Menge in Tonnen	Worth in 1000 Mk
Eisen und Eisenwaaren ..	1,548,558	479,609
Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge ..	295,601	315,973
<b>In Summa</b>	<b>1,844,159</b>	<b>795,582</b>

Der Gesamtwert der ausgeführten Waaren bezieht sich also auf annähernd 800 Millionen Mark. Auf diese Ausfuhr war Deutschland angewiesen in einer für unsere Industrie außergewöhnlich günstigen Periode, wo das Bedürfnis auf dem heimischen Markt ungewöhnlich hoch war, die Steigerung der Produktion durch den Mehrverbrauch auf dem Binnenmarkt durch den Nachdruck der Landwirtschaft festgestellt. Die Stärke der Landwirtschaft setzt diese in den Stand, den Export ablösen zu können. Diese Behauptung ist falsch und unsinnig. Durch erhöhten Schutzzoll wird nicht die Landwirtschaft gestärkt, sondern es werden den verhältnismäßig wenigen Grundbesitzern, die große Mengen von Getreide verkaufen können, die Lajchen gefüllt. Wollte man nun aber auch annehmen, daß diese Großgrundbesitzer die durch Vertheuerung der Lebensmittel dem Arbeiter weggestamforten Summen der Industrie wieder zufließen ließen, so käme immerhin nur ein Bruchtheil von dem, was der Arbeiter als Liebesgabe für die Junker von seinem Einkommen erst abbuchen müßte, in Gestalt von Löhnen wieder zu ihm zurück. Daß mit Vertheuerung der Lebensmittel auf irgend einer Seite mehr Werthe geschaffen werden, wird ja wohl niemand behaupten wollen, wenigstens verweigert dazu sich bisher doch noch kein Wunderanwender.

Es liegt auf der Hand: es ist Phrasie, wenn man behauptet, ohne Schädigung der Produzenten und der Gesamtwirtschaft könne Deutschland das Exportzollpolitik machen, durch erklüßte agrarische Schutzpolitik seinen Export stören. Aber in Folge der Erhöhung der Schutzzölle gegen Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse würde dem Export deutscher Industriewaaren von den Exportländern Schwierigkeiten bereitet, indem diese unsere Güter mit erhöhten Eingangszöllen belegen. Die weitere Folge könnte die sein, daß die Exportindustrie die Ausfuhr zwar nicht einchränkte, dafür aber die Belastung durch höhere Eingangszölle auf die Arbeiterschaft durch „Lohnregulierung“ abwälzte. Die Produzenten würden durch die Zuckerzollpolitik geschädigt.

Da das Unternehmertum in der Großindustrie mit der Verschließung des ausländischen Marktes, oder auch nur mit Einschränkung des Exportes, gleichzeitig für den deutschen Markt, wenn nicht durch vollständiges Monopol, so aber doch mit erfolgreicher Fernhaltung fremder Waaren, die Möglichkeit der Preissteigerung für den Inlandskonsumenten in die Hand bekommt, würden die Unternehmer über den Lohndruck hinaus die „Ausgleichung“ durch schärfere Blinderung der Konsumenten weiter betreiben. Das Volk trägt die Kosten, als Konsument und als Produzent!

Die Unternehmer könnten aber auch dazu übergehen, den Export etwas abflauen zu lassen, Produktionsbeschränkungen vorzunehmen. Daß man dieses Mittel gegen Gewinnverminderung nicht verschmäht, daselbe ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse ohne Bedenken anwendet, ist durch die Maßnahmen des Kohlen- und Koksyndikates gründlich bewiesen worden. Nun hat die augenblicklich ja noch nicht überwundene Krise zur Bildung von Kartellierungen, speziell in der Eisenindustrie, mächtigen Anstoß gegeben. Nicht nur in dieser selbst, sondern auch in der Industrie der Rohmaterialien und sonstiger Produkte sind die einzelnen Unternehmungen mehr oder minder geschlossen in Verbänden organisiert. Die verschiedenen industriellen Verbände stehen zum Teil auch heute schon wieder in Verbindung und die Bestrebungen gehen aus auf noch weiteren und engeren Zusammenschluß zwecks Organisation der Produktion und Preisgestaltung.

Unter diesen Verhältnissen läßt sich leicht eine Verständigung über Produktionsverminderung herbeiführen. Gleichzeitig lassen sich dann aber auch „Lohnregulierungen“ doppelt leicht durchzuführen. Nicht nur, daß man durch die Organisation Einseitigkeit nach dieser Richtung gewinnt, durch Produktionsbeschränkungen wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte erhöht und das stärkere Angebot drückt die Waare Arbeitskraft. Diese Perspektiven erklären, weshalb das Unternehmertum in der Großindustrie, trotz der offensibaren Gefahr für die Exportindustrie, einer Erhöhung der Schutzzölle nicht widersteht. Man kalkuliert: Die Erschwerung des Exports wird ausgleichlich durch Abschiebung des Binnenmarktes gegen die Auslandskonkurrenz gestattet eine schärfere Ausnutzung der inländischen Konsumenten. Auf jeden Fall wird bei solchem „Schutz der nationalen Arbeit“ durch das Unternehmertum der Arbeiter als Produzent ganz ordentlich geschädigt.

Das ist der Fall unter der Voraussetzung, daß trotz Erhöhung der Schutzzölle Handelsverträge zu Stande kommen. Viel gefährlicher jedoch würde es für den deutschen Arbeiter, wenn die Agrarier mit ihren offenkundigen Wünschen das Glück hätten, Handelsverträge zu hintertreiben und die gute Konjunktur durch eine Krise abgelöst wird. Ohne Zollkrieg kann Deutschland, wenn auch schließlich ohne großen Gewinn, durch Forcierung des Exportes seine überflüssigen Produkte nach dem Auslande abstoßen. Leben wir aber mit den importierenden Staaten im Zollkrieg, so muß die inländische Produktion um die Menge des verminderten Inlandsverbrauches, bei niedergehender Konjunktur, eingeschränkt werden, oder, die Menge wird auf dem Auslandsmarkt unter ungeheuren Verlusten abgesetzt. Um sich einen Begriff davon zu machen, was das bedeutet, ist nur nötig, die als Folge der letzten Krise veränderten Ein- und Ausfuhrziffern der letzten Jahre in Vergleich zu stellen. Dieselben ergeben für die Eisenindustrie folgendes Bild. Es betrug die Ausfuhr resp. Einfuhr an Eisen- und Eisenwaaren:

Es betrug Deutschlands

Table with 4 columns: Year, Roheisen-Erzeugung, Roheisen-Verbrauch insgesamt in Tonnen, Roheisen-Verbrauch für das Inland. Rows for 1898, 1899, 1900, 1901.

Im Jahre 1901 konnten mehr als der gesamte Verbrauch durch Eigenproduktion gedeckt werden; aber diese Produktion stand um 2,467,557 Tonnen über dem Inlandsverbrauch. Fast um dieselbe Menge — 2,180,775 Tonnen — ging der Inlandsverbrauch im Jahre 1901 gegen das Vorjahr zurück. Die Krise ist also vorwiegend auf die Verminderung des Verbrauches im Inlande zurückzuführen. Obwohl es nun gelang, bei den bestehenden Handelsverträgen die Ausfuhr bedeutend zu steigern, was ohne großen Schaden für die deutsche Volkswirtschaft, speziell aber für den Produzenten auch nicht möglich war, was aber dann, wenn im Zollkrieg oder bei ungünstigen Handelsverträgen die Ausfuhr sehr erschwert wird? Das Arbeitslosenheer wird dann um Tausende von Metallarbeitern größer! Nun kommt für die Zukunft noch weiter in Betracht, daß der starke Inlandsverbrauch in 1899 und 1900 vorwiegend auf Vergrößerung der bestehenden und Anlage neuer Fabriken zurückzuführen ist, die Produktionsmittelgewaltig vermehrt wurden, wir also für die Zukunft noch mehr wie bisher auf den Export angewiesen sind.

Die Feinde von Handelsverträgen behaupten nun allerdings, Deutschland brauche auf das Ausland gar keine Rücksicht zu nehmen, weil die importierenden Staaten Deutschland ebenjogut als Markt gebrauchen, wie wir jene Staaten. Das ist ein Trugschluß, der auf der Hand liegt! Wir können schließlich auf amerikanischen Weizen usw. verzichten, den notwendigen Bedarf aus Rußland usw. beziehen, aber amerikanische Baumwolle müssen wir haben, soll unsere Textilindustrie nicht lahm gelegt und dadurch andere Industrien in Mitleidenschaft gezogen werden. Dagegen ist Amerika mit keinem Produkt auf uns angewiesen. Es hat sämtliche Rohprodukte in reicher Fülle im Lande und produziert mehr landwirtschaftliche Güter, als es nötig hat. Ein Zollkrieg mit Amerika könnte höchstens dazu führen, daß Amerika die Industrie derjenigen Güter, die es jetzt noch aus Deutschland einführt, dort vollständig auf die Höhe des Bedarfes bringt. Und Rußland würde bei Erschwerung seines Getreidetransportes nach Deutschland uns den Markt für industrielle Güter verengen, der empfortreibenden eigenen Eisenindustrie auf Deutschlands Kosten ermöglichen, sich schneller auszuwachsen, uns mit der Zeit nicht nur im eigenen Lande, sondern auch auf dem Auslandsmarkt Konkurrenz machen — vielleicht sogar mit deutschem Kapital.

Es nützt nicht, irgend welchen schönen Träumen nachzuhängen; die Verhältnisse zwingen uns, die deutsche Industrie zu fördern, auch gegen die plünderungsfüchtigen industriellen Hochschutzzöllner. Auch diesen ist es mittlerweile bei der agrarischen Zollkonfliktpolitik etwas schweiß geworden. Jedenfalls hat die Gestaltung des Ausfuhrhandels im letzten Jahre vieles zur Ernüchterung von ihrem schutzzöllnerischen Nausche beigetragen. Die Trauben des Monopols für den Inlandsmarkt durch starke Erhöhung der Zölle auf industrielle Produkte erscheinen ihnen durch die agrarischen Forderungen denn doch etwas sauer. Die zu befürchtenden Repräzessionsmaßnahmen der betreffenden Staaten dämpfen ihren Zolleifer. Daß durch die agrarischen Zollforderungen die Erhöhung der industriellen Zölle aussichtslos wird, darüber braucht der deutsche Arbeiter nicht betrübt zu sein. Als Produzent, und das gilt in erster Linie für den Metallarbeiter, hat er ein eminentes Interesse daran, daß Zollerhöhungen unter allen Umständen verhindert werden. Aufgabe des deutschen Arbeiters ist es, sich selbst und die deutsche Industrie, sowohl gegen die egoistischen Bestrebungen der Agrarier, wie auch der Industriegehaltigen zu schützen. M. D.

Die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Nordbayern.

Die Agitations-Kommission für Nordbayern faßte in ihrer konstituierenden Verwaltungssitzung den Beschluß, statistische Erhebungen zu pflegen, um auf Grund des gewonnenen Materials festzustellen, inwiefern in diesem Bezirke die harte Geschäftskonjunktur eine Verschlechterung der Lebenslage der Metallarbeiterschaft herbeigeführt hat.

Andererseits aber auch, um an zahlreichen Beispielen den Kollegen nachzuweisen, wie notwendig es ist, sich dem Metallarbeiterverbände anzuschließen und ferner, was die Unterlassungssünden für Wirkungen gezeitigt haben. Die Unternehmern gehen so ziemlich allgemein in der rückwärtsloseten Weise vor, nicht die mindeste Rücksicht leistend, ihr Motto lautet: Abwälzung der Auswüchse kapitalistischer Produktion auf die Arbeiterklasse. Wenn in dem einzelnen Betrachtungsstellen die Zahl der Arbeitslosen, die der Organisation angehören, nicht groß ist, so hat dies darin seinen Grund, daß in den kleinen Orten nur ein oder wenige Betriebe vorhanden sind und die Wahrscheinlichkeit, wieder Arbeit zu erhalten, sehr gering ist, wodurch die Kollegen veranlaßt sind, nach wenigen Tagen Arbeitslosigkeit zum Wandertag zu greifen, um größere Industrieorte aufzusuchen. In solchen Zeiten steigen besonders die Ausgaben für Reisegel.

Bei der Rubrik Rastwang bemerken wir zu dem eigenem thümlichen Verhältnis der Organisirten zu den in den dortigen Betrieben beschäftigten Arbeitern, daß viele Kollegen in umliegenden Orten und Städten arbeiten. Einige Fragebogen blieben aus oder konnten wegen ungenügender Aufzeichnung nicht berücksichtigt werden, wie Fürth usw. Es ist ein trauriges Bild, das wir entrollen.

Table with 7 columns: Verwaltungsstellen, Betriebe, Zahl der Arbeiter (männlich, weiblich), Orga-nisirt (männlich, weiblich), 4. Quartal 1901 an Beiträgen (A 30-J, A 10-J), Tägliche Arbeitszeit. Rows for various locations like Ansbach, Aschaffenburg, Bamberg, etc.

Ueberstunden

wurden trotz der schlechten Geschäftskonjunktur in Aschaffenburg bei der Maschinenfabrik Gential, pro Woche 12 Stunden; Bayreuth: Gießerei Hensel pro Woche 24 bis 30 Stunden; Firma Rod 12 Stunden pro Woche; Gerasmühle: J. B. Weidner, Metallhannover, 1 Mann täglich 1 1/2 Stunden; Neumarkt: Expressfahrad-Werke, einzelne Leute bis zu 25 Stunden pro Woche; Gießerei, Kammerein wie bei ersterer bis zu 20 Stunden; Schmiedling-Doos: Premier-Fahrad-Werke 4 Stunden; Mars-Fahrad-Werke 4 Stunden und Kapselfabrik von Roth 12 Stunden pro Woche; Schweinfurt: Nischel und Sachs, Kugelfabrik, 4 Stunden pro Woche; Fries u. Höpflinger 2 Stunden pro Woche; Zirndorf: Zimmermannsche Spiegelfabrik 2-3 Mann 15 Stunden pro Woche.

Prozente für Ueberstunden

zahlen wenige Unternehmer und es scheint, das allgemein Gebrauch zu werden. In Ansbach zahlt die Firma Bachmann 50 Proz.; Aschaffenburg: Firma Gential nach Abends 9 Uhr 15 Proz.; Erlangen: in 7 Betrieben je 20 Prozent; Gerasmühl: J. B. Weidner 5 Proz.; Pegnitz: die Pegnitzhütte zahlt bis 1. Oktober 1901, auch den Akkordarbeitern 25 Proz., jetzt nur noch den in Taglohn stehenden; Regensburg: 1 Betrieb 20 Proz.; Schmiedling-Doos: Kapselfabrik vor Roth 10 Proz.; Schweinfurt: Nischel u. Sachs nach 7 Uhr Abends 20 Proz.; Würzburg: Noel u. Comp. 15 Proz.; Schweinfurt 25 Proz., Aufbaumann 25 Proz., Karl 25 Proz.; Zirndorf: Zimmermann pro Stunde 10 Pfg. mehr.

Einsparungen wurden vorgenommen:

Aschaffenburg: Werkzeugfabrik Kirch 20 Mann, Alig u. Baumgärtel 20 Mann; Gerasmühl: J. B. Weidner 4 Arbeiter, 1 Arbeiterin; Wögelndorf: Eisenfabrik Deder 15 Former, 4 Hilfsarbeiter, Forster 8 Arbeiter; Markt Redwitz: Rodtrod 8 Mann, Offenbacher 4 Mann; Martinstalmitz: im dortigen Eisenwerk 8 bis 10 Schlosser, Former müssen als Tagelöhner arbeiten; Neumarkt: Expressfahrad-Werke 6 Arbeiter; Pegnitz: die Pegnitzhütte beschäftigte bis September 1900 400 Arbeiter, jetzt nur noch 230; Schweinfurt: Neuteufel Gießerei 3 Mann; Würzburg: Noel u. Comp. 10 Mann, Karl 5 Arbeiter; Zirndorf: Benz 4, Hammerbacher 4, Emmerling 2 Mann. Bemerkte sei, daß es in Wirklichkeit noch schlimmer ist, es fehlt vielfach an Verbindung mit den einschlämten Fabriken.

Verkürzung der Löhne:

Aschaffenburg: Werkzeugfabriken Gauer u. Metzner, Kirch u. Alig und Baumgärtel Akkordreduktion um 50, 25 und 20 Proz. Bayreuth: Gießerei Hensel, die Löhne um 10, die Akkorde um 40 Proz. Erlangen: Bei Reiniger, Gebbert u. Schall dürfen die Schlosser im Akkord nicht mehr wie 35 Pfg. verdienen, sonst wird abgezogen. Wögelndorf: bei Deder wurde den Hilfsarbeitern der Lohn reduziert um 2 Pfg. pro Stunde. Berg: die Löhne um 2 bis 4 Pfg. reduziert. Martinstalmitz: Akkordreduktion bis 20 Proz. Roth a. S.: Alltagsgesellschaft Barmndorf bedeutende Reduktion, bei Einzelnen bis 2 Mk. pro Woche. Pegnitz: Akkordreduktion bis 25 Proz. Schweinfurt: Nischel u. Sachs Akkordreduktion 10 Proz. Würzburg: Noel u. Comp. Akkordreduktion 15 Proz.

Einspruch

erhob man dagegen in Aschaffenburg ohne Erfolg, Martinstalmitz mit teilweisem, Pegnitz ohne, Schweinfurt ohne Würzburg mit teilweisem Erfolg.

Table with 4 columns: Year, Tonnen, Wert in 1000 Mk., Year, Tonnen, Wert in 1000 Mk. Rows for Einfuhr and Ausfuhr for 1900 and 1901.

Zufolge des verminderten Bedarfs an Rohprodukten ging die Einfuhr in dem einen Jahre um 620,416 Tonnen (über 100 Prozent), der Wert der Einfuhr um rund 84 Millionen Mark zurück; gleichzeitig stieg die Ausfuhr um 792,495 Tonnen, der Wert der Ausfuhr um 105 1/2 Millionen Mark. Welchen Gefahren der deutsche Arbeiter als Produzent entgegen geht, wenn durch eine agrarische Zollpolitik die Abstoßung großer Mengen Produkte, wenn nicht ganz verhindert, sondern nur wesentlich erschwert wird, läßt auch folgende Zusammenstellung erkennen.









